



Kurzbericht

öffentlicher Teil

11. Sitzung – Europaausschuss

20. März 2025 – 11:05 bis 11:20 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitz: Tobias Utter (CDU)

CDU

Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Peter Franz
Maximilian Schimmel
Stefan Schneider
Kim-Sarah Speer

AfD

Arno Enners
Anna Nguyen
Christian Rohde

SPD

Karina Fissmann
Stephan Grüger
Matthias Körner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jürgen Frömmrich
Sascha Meier
Katrin Schleenbecker

Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger


Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Julius Brackmann
 SPD: Sophia Hollender
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Katarzyna Jochemczyk
 Freie Demokraten: Julia Bayer

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
BEER, ALEXANDER	Min R	HRH
KLUG, FRANZISUA	Robin	HCT
JÖDLKE, BJÖRN	LUR	StK
DR. VOGEL, Markus	MR	StK
Lajji, Tamara	RD	StK
Kleinschmidt, Rebecca	MR	StK
Steinbach, Sören	TB	StK
Karnop, Laura	Praktikantin	StK
Haß, Christian	nor	StK
Müller, Karin	SAS	StK

Protokollführung: Dr. Ute Lindemann



1. Frühwarndokumente

Der **stellvertretende Vorsitzende** erklärt, nach Versand der Tagesordnung sei ein Dokument von der Landesregierung unter Subsidiaritätsbeobachtung gestellt worden, die Verordnung über nichtfinanzielle Statistiken zu Gewerbeimmobilien, COM(2025) 100. Aus diesem Grund werde dieses Dokument unter Tagesordnungspunkt B, mit Beratung, aufgerufen.

Er teilt außerdem mit, dass die Landesregierung zu dem Dokument unter TOP A d), dem Vorschlag über Termine, ab denen die Mitgliedstaaten bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen erfüllen müssen, COM(2025) 80, eine ELB-Meldung übermittelt habe.

Da das Dokument erst nach der festgelegten Frist für die Überweisung von ELB-Dokumenten an die Fachausschüsse eingestuft worden sei, habe der zuständige Fachausschuss nicht mehr erreicht werden können und von daher liege kein Votum aus dem Fachausschuss vor. Der Europaausschuss könne ausnahmsweise den Beschluss fassen, dass eine inhaltliche Beratung gewünscht sei. In Betracht komme der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum. Er frage den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Rohde, ob er diesem Verfahren zustimme.

Abgeordneter **Christian Rohde** hält eine Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum für geboten.

TOP A: ohne Beratung

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 in Bezug auf eine Verkürzung des Abwicklungszyklus in der Union – COM(2025) 38 final**

Fristbeginn: noch offen Fristende: noch offen

Plenum BR: vorauss. 11.04.2025

Berichterstattung: Matthias Körner

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938 hinsichtlich der Rolle der Gasspeicherung bei der Sicherung der Gasversorgung vor der Wintersaison – COM(2025) 99 final**

Fristbeginn: 05.03.2025 Fristende: 30.04.2025

Plenum BR: vorauss. 11.04.2025

Berichterstattung: Andreas Lichert



- d) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 bezüglich der Termine, ab denen die Mitgliedstaaten bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen erfüllen müssen – [COM\(2025\) 80 final](#)**

Fristbeginn: 13.03.2025 Fristende: 08.05.2025

Plenum BR: vorauss. 11.04.2025

Berichterstattung: Christian Rohde

Der Ausschuss fasst ohne Aussprache folgenden

Beschluss zu Punkt 1 A a), b) und d):

EUA 21/11 – 20.03.2025

Die Vorhaben enthalten keine Subsidiaritätsrelevanz und werden für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(Einstimmig bei Enthaltung AfD)

Beschluss zu Punkt 1 A d):

EUA 21/11 – 20.03.2025

Die Präsidentin wird gebeten, das Vorhaben zur inhaltlichen Beratung an den WVA im Rahmen des Verfahrens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten zu überweisen.

(Einvernehmlich)



TOP B: mit Beratung

c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über nichtfinanzielle Statistiken zu Gewerbeimmobilien – [COM\(2025\) 100 final](#)

Fristbeginn: 11.03.2025 Fristende: 06.05.2025

Plenum BR: vorauss. 11.04.2025

Berichterstattung: Christoph Mikuschek

Der **stellvertretende Vorsitzende** teilt mit, Herr Mikuschek sei am heutigen Tage verhindert und werde durch ihn, Abgeordneten Tobias Utter, vertreten. Wenn niemand etwas dagegen habe, werde er vom Platz des Vorsitzenden aus berichten.

(Einvernehmen)

Abgeordneter **Tobias Utter** erklärt, in dem Dokument gehe es um Statistik für Gewerbeimmobilien. Es werde davon ausgegangen, dass mit solchen Gewerbeimmobilien die Finanzstabilität der Europäischen Union gefährdet werden könnte. Aus diesem Grund gebe es den Anstoß, eine Statistik zu erheben. Problematisch sei nicht das Anliegen, sondern die Frage, ob mit einer Statistik die richtige Form gewählt worden sei. Die Einführung einer neuen Statistik bedeute für solche EU-Staaten, die für Gewerbeimmobilien keine Statistiken führen, einen Neuaufbau und zusätzliche Kosten. Aber auch für solche Länder, die bereits Statistiken führten, bedeute eine zusätzliche Statistik zusätzliche Kosten. Es stelle sich die Frage, ob dieses Problem nicht besser und günstiger behoben werden könnte. Aus diesem Grund schlage er vor, dieses Dokument unter Beobachtung zu stellen, Subsidiaritätsbedenken festzustellen und zudem die Präsidentin zu bitten, dieses Dokument auch dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum zur vertieften Diskussion zu überweisen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **stellvertretende Vorsitzende** über diesen Vorschlag abstimmen.

Beschluss:

EUA 21/11 – 20.03.2025

Die Subsidiaritätsbeobachtung durch die Hessische Landesregierung wird unterstützt. Die Landesregierung wird gebeten, über weitere Entwicklungen zu informieren.

(Einstimmig)



Die Präsidentin wird gebeten, das Vorhaben zur inhaltlichen Beratung an den WVA im Rahmen des Verfahrens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten zu überweisen.

(Einvernehmlich)

(Fortsetzung im nicht öffentlichen Teil)

Hinweis: Im Intranet finden die Berechtigten alle Dokumente im [Infopoint Europa](#) -> Offene Vorgänge.

Direkter Zugriff auf EU-Dokumente auch unter Angabe der jeweiligen COM-Nummer auf [EUR-Lex COM-Dokumente](#)